Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

24.11.1874 (No. 274)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 274 | Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Dienstag 24. November | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

* Zur Diätenfrage im Reichstag.

(Fortsetzung und Schluß.)

Damals war das Verzichten der Abgeordneten auf ihre Entschädigung schon häufiger geworden, und seit 1660 wurde es allgemeine Sitte. Andreas Marvell, von 1660 bis 1678 Parlamentsmitglied, soll der letzte Diäten-Empfänger gewesen sein. Seitdem haben die Vertreter des englischen Volkes keine Entschädigung mehr erhalten. Nur die 53 schottischen und 105 irischen Mitglieder des Unterhauses beziehen, entsprechend der Gepflogenheit in ihren früheren National-Parlamenten, noch immer Diäten. Das Aufhören der Diäten steht aber im engsten Zusammenhange mit der Entwicklung, welche die englische Gesellschaft genommen hat. Zu allen Zeiten suchte der Adel mit Eifer die Parlamentsstellen, und er sparte keine Mühe, um seinen Einfluß auszudehnen. Hiebei kam es den großen Adeligen sehr zu statten, daß sie über viele kleine Parlamentssitze geboten. Die Inhaber solcher Sitze aber, die von dem sie patronisirenden Adel abhingen, kümmerten sich nicht um die Diäten, welche sie von den Bewohnern ihres Wahlortes erhalten sollten. Später traten neue Bewerber um Parlamentssitze auf, nämlich jene Factoren, welche in Indien Reichthümer gesammelt hatten, zu denen sich dann seit dem vorigen Jahrhunderte die Krösusse der modernen Industrie gesellten. Diese Männer betrachteten die parlamentarische Thätigkeit nicht als eine mit Opfern verbundene Last, sondern sahen in derselben die Wahrung ihrer höchsten Interessen, und es wird erklärlich und begreiflich, wenn sie, um die Wähler günstig zu stimmen, auf Diäten verzichteten.

Die Verfassung der nordamerikanischen Union, von dem Grundsatze der Gleichheit ausgehend, hielt es für angemessen, den Kreis der Wählbaren so weit auszudehnen, daß er die Mittelstände in der Gesellschaft selbst, wenn sie nicht glänzende Talente besäßen, einschließe, und so ordnete sie auch die Zahlung von Diäten an. Wechselvoll gestaltete sich die Lösung der Diätenfrage in Frankreich. Die Mitglieder der Etats généraux erhielten Entschädigung für Reise und Aufenthalt. Die Verfassungen von 1781 und 1792 enthielten keine Diätenbestimmung. Man war damals geneigt, in dem Bezuge von Diäten ein Vorrecht zu sehen, und alle Vorrechte sollten ja beseitigt werden. Dagegen hat die Verfassung von 1795 wieder den Grundsatz der Entschädigung aufgestellt, und ihr folgen die verschiedenen Verfassungen bis zu dem Zusammenbruche des ersten Kaiserreiches. Ludwig XVIII., von englischen Anschauungen erfüllt, war ein Gegner der Diäten, und so ließ auch die Charte vom 4. Juni 1814 den Grundsatz der Entschädigungen gänzlich fallen. Die Charte Louis Philipp's vom 6. August 1830 traf in dieser Richtung keine Aenderung. Aber schon machten sich damals Stimmen für die Zahlung von Diäten geltend. Der Deputirte Isambert sagte in der Kammer, man habe sich schwer geirrt, da man glaubte, die Entschädigungen würden der Unabhängigkeit der Deputirten schaden. „Konnten nicht Bestechungsmittel in Menge in der Austheilung von Stellen und Hofgunst gefunden werden? Und in der That, welche Kammern waren käuflicher als die, welche seit 1815 folgten!" Diese Bemerkung erregte den Sturm der Kammer und zog dem Redner einen Ordnungsruf zu. Immer mächtiger zeigte sich aber im französischen Volke selbst das Bestreben, den so beengten Kreis von Männern, die in der glücklichen Lage waren, unter Verzicht auf Entschädigung ein Mandat übernehmen zu können, zu erweitern. Die Verfassung vom 4. November 1848 bestimmte schon die Schadloshaltung der Volksvertreter. Die napoleonische Constitution vom 14. Januar 1852 kehrte zwar wieder zur Diätenlosigkeit zurück, aber schon in demselben Jahre wurde durch das Senatus-Consult vom 25. Dezember neuerdings die Schadloshaltung eingeführt, um während der Dauer des zweiten Kaiserreiches nicht wieder zu verschwinden. Und auch die jetzt in Versailles tagende Versammlung hat an den Diäten festgehalten.

Oesterreich, Ungarn, Belgien, die Schweiz, Holland, Portugal, Schweden und Norwegen, Dänemark entschädigen ihre Abgeordneten. Dagegen beziehen die Deputirten Italiens und Spaniens keine Diäten. Die übergroße Mehrzahl der Verfassungen der deutschen Einzelstaaten hat das Princip der Entschädigung angenommen. Eine Ausnahme bilden nur Mecklenburg, Anhalt und Reuß älterer Linie. Die deutsche Reichsverfassung vom 12. April 1849 bestimmte die Zahlung von Diäten. Dagegen verweigerte die Verfassung des norddeutschen Bundes, die seit 1871 zur Verfassung des deutschen Reiches erweitert wurde, jede Art von Besoldung oder Entschädigung der Abgeordneten. Mit Widerstreben und nur um das Verfassungswerk nicht scheitern zu lassen, nahm der verfassunggebende Reichstag des norddeutschen Bundes diese Bestimmung an, die aber seitdem oft genug, wenn auch vergebens, bekämpft wurde. Die deutsche Regierung sieht, wie wir dies bereits betont haben, in der Diätenlosigkeit ein Sicherungsmittel gegen mögliche staatsgefährliche Wirkungen des allgemeinen Stimmrechtes. Die Erfahrung hat aber bewiesen, daß die Diätenlosigkeit das Eindringen von „staatsgefährlichen" Elementen in den Reichstag nicht verhinderte. Mit den staatsgefährlichen Elementen hält man aber auch viele jener gediegenen und reifen Intelligenzer fern, welche das Glück nicht mit irdischen Gütern gesegnet hat, die aber in den Reihen der Volksvertreter dem Reiche ergiebige und ersprießliche Dienste leisten könnten. Die so oft wiederkehrende Beschlußunfähigkeit des Reichstags beweist, daß selbst Jene, welche die Last eines Mandats auf sich genommen, sich nur schwer und erst nach langem Zögern von ihren Geschäften und Berufspflichten trennen.

Die Diätenlosigkeit entspricht in keiner Richtung den deutschen Verhältnissen, wie sich diese bis jetzt gestaltet haben. Deutschland fehlt es an jener reichen und unabhängigen Gentry, auf deren Schultern die englische Selbstverwaltung ruht und die auch der ganzen Politik Englands die Richtung gibt. Oder glaubt man vielleicht in Berlin, auf dem Wege der Diätenlosigkeit eine unabhängige, begüterte Gentry schaffen zu können? Die letztere kann nur die Voraussetzung der ersteren sein, nicht aber umgekehrt. Alle anderen Gründe für die Diätenlosigkeit erweisen sich als nicht stichhältig. Will man vielleicht Sparsamkeitsrücksichten geltend machen? Als man 1831 in der belgischen Kammer auf die Rücksichten dieser Art den Ton legte, bemerkte der Abgeordnete Devaux: „Wahre Sparsamkeit ist, gute Deputirte zu haben. Ein tüchtiger Finanzmann, ein sorgfältiger Arbeiter, der das Budget auf das genaueste prüft, kann allein mehr einbringen, als an den Gehalten der ganzen Kammer zu sparen ist." Einige Anhänger der Diätenlosigkeit sehen in derselben eine Garantie für die nicht übermäßig lange Dauer der Parlamente. Abgeordnete ohne Entschädigung werden sich beeilen, die ihnen auferlegten Arbeiten rasch zu Ende zu führen. Hat aber die in der Diätenlosigkeit wurzelnde Beschlußunfähigkeit des deutschen Reichstages die jeweiligen Sessionen desselben verkürzt? Hat sie nicht das gerade Gegentheil davon erzeugt? Wie oft mußten nicht die Sitzungen des Reichstages unterbrochen werden? Wie oft mußten nicht die Abgeordneten des Reichstages resultatlos auseinandergehen, weil sie nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt waren? Andererseits werden sich gewissenhafte Deputirte durch den Mangel an Diäten nicht von einer ernsten und ängstlichen, ins Detail eingehenden Pflichterfüllung abhalten lassen, und sie werden noch immer den Vorzug vor jenen Deputirten verdienen, die, weil sie keine Diäten beziehen, leichtfertig an die Arbeit gehen. Die nur durch Diätenlosigkeit erzielten kurzen Sessionen dürften der deutschen Gesetzgebung kaum zum Vortheile gereichen.

Wir wollen die weiteren Gründe für die Einführung von Diäten unerörtert lassen. In Verbindung mit den laut sprechenden Thatsachen und Erscheinungen genügt das hier Gesagte, um die Unzweckmäßigkeit und die Gefahren der Diätenlosigkeit, die überdies den Reichthum in zu aufdringlicher und beleidigender Weise zur Grundlage der politischen Thätigkeit macht, zu beweisen. Dahlmann, der bekanntlich ein großer Verehrer und Anhänger englischer Verfassungszustände war, sagt in seiner „Politik": „Diäten verbürgen dem Volke, daß seine Wahlkammer dem bürgerlichen Verdienst auch ohne das Geleite des Reichsthums offensteht." Auf diese Bürgschaft hat auch heute das deutsche Volk einen gerechten Anspruch, und umsomehr, weil die Diätenlosigkeit die parlamentarische Thätigkeit lahmzulegen droht.

---

* Zur Uebersicht.

— Das Resultat der **italienischen** Neuwahlen ist mit Ausnahme weniger rückständigen, unentschiedenen und angefochtenen Wahlen nunmehr endgültig bekannt. Die Rechte, das heißt die Zusammenfassung aller regierungsfreundlichen Parteien, zählt 280, die Linke, welche alle mehr oder minder oppositionellen Elemente einschließt, 216 Mitglieder. Zur Rechten gingen 51, zur Linken 43 Wahlcollegien aus dem entgegengesetzten Lager über, so daß die Rechte mit Hinzurechnung der noch ausständigen Resultate sich eines absoluten Zuwachses von ungefähr 10 Stimmen rühmen kann. Trotz aller noch in letzter Stunde mit verdoppelter Energie betriebenen Anstrengungen der gemäßigten Parteien in Rom siegte Garibaldi in zwei Collegien. Dies war wohl bei der ungeheuren Popularität des Mannes nicht anders zu erwarten. Wenn nun die Regierung auch gute Miene zum bösen Spiel machen will, es hilft nichts, — die Wahl Garibaldis ist eben ein Faustschlag in die Grundsätze der italienischen Regierung, sie bedeutet Umsturz und Feindschaft gegen das monarchische Princip. Im Jahre 1870 fielen die Parlamentswahlen in Rom für die Regierung günstig aus; jetzt aber, nachdem anstatt der erwarteten goldenen Berge das Gegentheil eintrat, gibt gerade der Sieg in der Hauptstadt des einheitlichen Italiens der allseitigen Unzufriedenheit Ausdruck. — **Die französischen** Politiker reden und „die Zungen der öffentlichen Meinung" in Frankreich schreiben viel von Minister- und Fusionsgerüchten, von denen nur so viel fest steht, daß der Herzog von Broglie hinter den Coulissen wacker darauf los arbeitet, wieder ans Ruder zu kommen. Die Fusion der Centren ist immer noch frommer Wunsch; in dieser Woche soll vom rechten Centrum ein Programm entworfen werden, welches als Brücke zur Verständigung mit dem linken Centrum zu dienen bestimmt ist und Versöhnlichkeit predigen soll. Christophle ist bereits in einem offenen Briefe für diese Vereinbarung aufgetreten. Im bonapartistischen Heerlager dauert die Opposition gegen Rouher fort, doch sieht die Sache gefährlicher aus, als sie ist; wenigstens gehen die Bonapartisten bei Wahlen und in der Propaganda bis jetzt fest zusammen, Rouher selbst ist zur Kaiserin abgereist. Bischof Dupanloup hat auf den 22. November Gebete für die Arbeiten der Nationalversammlung ausgeschrieben, „die vielen Gebete, besonders der Pilger, die zahlreicher als im Miltelalter sind, werden," so verheißt der Bischof, „nicht ohne Eindruck auf Gott bleiben." Mac Mahon wird bis nach dem 1. Januar im Elysée residiren und dort den Neujahrsempfang abhalten. Er läßt sich von dem Grundsatz leiten: „j'y suis, j'y reste"; aber als Präsident von Parlamentsgnaden ist er zu fortwährenden Balancirkünsten genöthigt. Daher hat auch die Botschaft im Schooße des Ministerrathes eine so schwere Geburt, der passende Wortlaut kann fast nicht gefunden werden. Von der Verlegung der Nationalversammlung nach Paris ist es jetzt stiller als je. Die Antwort Frankreichs auf die spanische Denkschrift wird erst gegen Ende dieses Monats erwartet; der Präfekt Nadaillac weilte in Paris, um dem Minister des Auswärtigen Anhaltspunkte zu geben. Louis Vennillot war bedenklich,

erkrankt, befindet sich jetzt aber wieder auf dem Wege der Besserung.

— In **Spanien** wurde an Stelle des Ceballos Egana Commandant von Guipuzcoa, während Mogrovejo den Oberbefehl über die gesammte um Irun versammelte königliche Armee erhielt, die jetzt 10,000 Mann stark ist. Egana ist ein geborener Baske und genießt darum bei seinen Landsleuten mehr Vertrauen als der Andalusier Ceballos; er kämpfte schon in dem letzten siebenjährigen carlistischen Kriege und ging in Folge der Capitulation von Bergara nach Mexico, wo er sich ein ansehnliches Vermögen erwarb, das er aber im Stiche ließ, als der jetzige Krieg ausbrach. Er hat ein hölzernes Bein, eine verstümmelte Hand, den einen Backen durch einen tiefen Säbelhieb entstellt und den Arm so voll Narben, daß sie nicht mehr zu zählen sind; ganz ist nur sein Herz, und dies schlägt voll und warm für die Sache seines Königs und seines Volkes. Savalls hat auch nach den Angaben liberaler Blättter einen Sieg erfochten.

— Der Erzherzog **Karl Ferdinand** ist den 20. Nov. um 3½ Uhr im 56. Lebensjahr zu Selowitz gestorben. (Erzherzog Karl Ferdinand, Sohn des am 30. April 1847 verstorbenen Erzherzogs Karl Ludwig und Bruder des Erzherzogs Albrecht, war geboren am 29. Juli 1818 und vermählt am 18. April 1854 mit der Erzherzogin Elisabeth, Tochter des Erzherzogs Joseph, Palatinus von Ungarn, und seit 15. Dezember 1849 Wittwe des Erzherzogs Ferdinand von Este.)

— Die nationalliberale Partei hat sogar nach der Nationalzeitung eine schwere Schlappe erlitten. Der Professor Sündenbock Beseler wurde aus der Fraction gestoßen, weil er eine eigene Meinung über die Geschäftsordnung hatte und äußerte. In Besprechung des horrenden Falles plaudert ein Berliner Blatt, die Tribüne aus der Schule und sagt u. A.: „Verschiedene Mitglieder tadelten auch ihrerseits die Geschäftsführung des Vorstandes und die Präponderanz Einzelner, welche die übrigen Mitglieder nicht zur freien Entfaltung ihrer eigenen Ansichten gelangen ließen." — Werthvolles Geständniß! Die Freiheit, die ich meine! Da werden fleißig infallible Dogmen fabricirt.

— In **München** sprachen sich der demokratische Verein und der Verein Concordia gegen den Landsturmsgesetzentwurf aus.

— „Viele Jahre schon — seit dem Tode des unvergeßlichen Erzbischofs Vicari — wird das **Erzbisthum Freiburg** von einem Vicare verwaltet, und wenn auch die Katholiken der Erzdiöcese mit größter Ehrerbietung und wärmstem Danke zu ihrem stellvertretenden Oberhirten aufblicken, so ist es doch begreiflich, daß sie sich nach einer Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles sehnen. Die Regierung hat stets Einwendungen und Bedenken aus einem oder dem anderen Grunde gegen die Wahlen des Domcapitels erhoben. Nachdem sie vor geraumer Zeit die erste von dem Capitel aufgestellte Candidatenliste ganz gestrichen, hat sie demselben nunmehr eröffnet, daß sie auch aus den auf der zweiten Liste befindlichen Namen keine Auswahl treffen könne, weil einer der Candidaten (Bischof v. Hefele von Rottenburg) von vornherein nicht annehmen wollte und die vier anderen Candidaten (Bischof v. Haneberg von Speier, Professor Alzog, Domcapitular Behrle und Pfarrer Dr. Dieringer) sich entschieden geweigert hätten, im Falle die Wahl auf einen von ihnen fiele, den vorgeschriebenen Staatseid ohne Vorbehalt zu leisten." Dieses wird von der „Karlsruher Zeitung", die selbstverständlich die Regierung vertheidigt, bestätigt. Ein kath. Bischof, welcher den verlangten Eid leisten würde, kann freilich nicht gefunden werden. Etwas Licht in die Angelegenheit bringt eine Correspondenz der „K. V. Z.":

„Zu der Mittheilung, daß von dem Dom-Capitel die Vorlage einer dritten Candidatenliste für die Wahl eines Erzbischofes verlangt sei, ist Folgendes zu bemerken. Bei dem letzten Landtag wollte die liberale Kammermehrheit im Budget die Dotation für den erzbischöflichen Stuhl streichen. Dr. Jolly brachte es aber dahin, daß bedingungsweise die Position belassen wurde, mit dem Vorbehalte, daß die Dotation zu sistiren sei, wenn im zweiten Jahre der Budgetperiode der erzbischöfliche Stuhl noch nicht wiederbesetzt sein sollte. Wenn nun der Landtag wieder zusammen kommt, kann man sagen, seitens der Regierung sei alles geschehen, um den fraglichen Vorbehalt zu erfüllen, und daß es nicht zum Ziele kam, daran trage allein die Kirche die Schuld."

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Nov. S. K. H. der Großherzog haben unterm 19. ds. Mts. gnädigst geruht, den Staatsanwalt Dr. Karl Cadenbach von Offenburg zur Staatsanwaltschaft in Mannheim, den Staatsanwalt Berthold Traub von Waldshut zur Staatsanwaltschaft in Offenburg zu versetzen; den Amtsrichter Rudolf Bekk von Pforzheim zum Staatsanwalt in Waldshut zu ernennen; den Amtsrichter Hermann Latterner zu Neustadt auf sein unterthänigstes Ansuchen aus dem Staatsdienste zu entlassen; den Referendär August Boulanger von Mannheim zum Amtsrichter in Bonndorf, den Referendär Alfred Spangenberg von Wertheim zum Kreisgerichts-Sekretär in Mosbach, den Referendär Eduard Uibel von Villingen zum Amtsrichter in Pforzheim, und den Referendär Emil Dorner von Buchen zum Sekretär des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen zu ernennen.

* **Karlsruhe.** In der von Karl Hillebrand zu Florenz herausgegebenen Zeitschrift „Italia" hat der inzwischen zum Unterrichtsminister beförderte bekannte italienische Publicist Bonghi für die vielfach von deutscher Seite als zu lau bezeichnete Kirchenpolitik Italiens eine Apologie veröffentlicht und sich dabei, wie schon früher, entschieden gegen den preußischen „Culturkampf" erklärt. Letzterer hat nach Bonghi's Meinung das Ziel überspannt, und muß scheitern an der Lebenskraft der Kirche; denn das Leben der Kirche würde, wenn es jener vielseitigen Einmischung sich unterwürfe, alle Bedeutung, Realität und selbstständige Würde verlieren. „Nachgiebigkeit der Kirche", sagt er, „wäre Selbstmord." Wenn man es in der That dahin brächte, die Opposition der Geistlichen und der Gläubigen vollständig zu besiegen, so würde das so viel bedeuten, als daß der römische Katholicismus vollständig erschöpft ist und nur darum bisher jene selbstzufriedene Miene annahm, als ob man ihm nichts anhaben könne, weil Niemand wußte, daß er innerlich vollständig wurmstichig war." Herr Bonghi ist ein schwärmerischer Anhänger des Cavour'schen Principes der freien Kirche im freien Staat, welches die deutschen Verehrer der Staats-Omnipotenz weniger angemessen finden. Doch die italienische Auffassung des Montalembert'schen Grundsatzes bietet ja die reinste Verzerrung. Die Aeußerung des jetzigen italienischen Ministers zeigt jedenfalls, wie auch der Kirche abholde Männer die Bedeutung des „großen Culturkampfes" anders auffassen, als es unserer servilen Presse lieb ist.

* **Karlsruhe.** Nach der jetzt aufgestellten Berechnung vertheilen sich die nach dem Entwurf zum Reichshaushalts-Etat für 1875 zur Deckung der Gesammt-Ausgabe aufzubringenden Matricularbeiträge in Mark, wie folgt: 1) für Preußen 46,327,133 gegen 1874 (mehr 13,433,603); 2) Lauenburg 91,383 (mehr 35,220); 3) Baiern 18,122,214 (mehr 3,418,903); 4) Sachsen 4,723 054 (mehr 1 628,605); 5) Württemberg 6,840,666 (mehr 1,248 684); 6) Baden 5,097,727 (mehr 1 334,413); 7) Hessen und zwar: für Nordhessen 795,085, für Südhessen 1,831,724, zusammen 1,863,108 (mehr 464,421); 8) Mecklenburg-Schwerin 962,742 (mehr 326,004); 9) Sachsen-Weimar 593 387 (mehr 217,860); 10) Mecklenburg-Strelitz 193,707 (mehr 56,425); 11) Oldenburg 639,224 (mehr 196,394); 12) Braunschweig 568,524 (mehr 247,266); 13) Sachsen-Meiningen 407,230 (mehr 143,569); 14) Sachsen-Altenburg 296,986 (mehr 109,951); 15) Sachsen-Coburg-Gotha 372,506 (mehr 133,538); 16) Anhalt 450,408 (mehr 172 650); 17) Schwarzburg-Sondershausen 139,450 (mehr 54 292); 18) Schwarzburg-Rudolstadt 161,363 (mehr 56,138); 19) Waldeck 115,438 (mehr 39,232); 20) Reuß ältere Linie 99,472 (mehr 34,423); 21) Reuß jüngere Linie 186 917 (mehr 78,686); 22) Schaumburg-Lippe 65,527 (mehr 25,489); 23) Lippe 234,834 (mehr 67,182); 24) Lübeck 98,452 (mehr 57 511); 25) Bremen 264,8000 (mehr 140,561); 26) Hamburg 735,435 (mehr 455,721); 27) Elsaß-Lothringen 3,099,728 (mehr 1,444,212); Summa 92,791,504, zusammen mehr 25,617,253 Mark.

× **Aus dem Kreise Karlsruhe**, 21. Nov. Unlängst schrieb die „Kreuzzeitung": „Es ist hohe Zeit, daß dem Mißbräuche, der mit den Begriffen der Reichstreue und Reichsfeindlichkeit getrieben wird, ein Ziel gesetzt werde, damit nicht zuletzt noch eine künstliche Scheidung des deutschen Volkes in Reichsehrliche und Reichsunehrliche daraus werde. Die Schimpfnamen könnten sonst zu Ehrennamen werden." — Das ist ein sehr verständiges Wort, trotzdem haben wir aber die Ueberzeugung, daß dasselbe bei den liberalen Wortführern auf ganz unfruchtbares Feld fallen wird. Als wir diese Kreuzzeitungsansicht lasen, tauchte sofort eine Erinnerung an die Verhandlungen des Wiesbadener Protestantentages auf, wo bekanntlich an Wiederholung der Culturkampfphrasen kein Mangel war. In dem von Präsident Dr. Bluntschli gegebenen Rückblick auf die Wirksamkeit des Protestantenvereins wurde auch der gemischten Ehen gedacht und ausweislich des referirenden protestantenvereinlichen Wochenblattes die Behauptung aufgestellt: „Wer gemischte Ehen in einem Volke wie dem deutschen hindert, ist ein Feind desselben." Das sollte offenbar ein Hieb auf Rom sein; denn dem Protestantentagspräsidenten ist es sehr wohl bekannt, daß die katholische Kirche zwar die gemischten Ehen nicht verhindern kann, sie aber aus triftigen Gründen mißbilligt und von denjenigen Brautleuten, welche katholisch getraut sein wollen, das schriftliche Versprechen der katholischen Kindererziehung verlangt, andernfalls Proclamation und Trauung verweigert wird, weil betreffs des kathol. Theiles eine Glaubensverläugnung angenommen wird. In früherer Zeit, wo das deutsche Reich noch im tiefen Schlummer lag, hieß man diese Garantiegewährung höchstens „Intoleranz" oder „Gewissensknechtung", jetzt aber, wo der Culturkampf über das neue deutschen Reich gewaltig hinwegbraust, nennt man sie Reichsfeindlichkeit. Nun wollen wir doch einmal sehen, was selbst der Protestantenverein unter Umständen von den gemischten Ehen hält. Beim ersten Protestantentag zu Eisenach im Juni 1865 lautete in Betreff fraglicher Ehen die vierte These: „Die protestantische Kirche erkennt in der von protestantischen Verlobten der kathol. Kirche hinsichtlich der Erziehung der Kinder ertheilten Zusagen, Gleichgültigkeit gegen die eigene Kirche, voreilige Preisgebung der Gewissensfreiheit, sittliche Schwäche und Mangel an Ehrgefühl." — Auf Grund dieser These drängt der gesunde Menschenverstand zur Annahme, daß die protestantische Kirche eine in solcher Weise eingegangene gemischte Ehe weder billigen noch ihr Vorschub leisten kann, und somit wäre auch da, zufolge des Wiesbadener Protestantentages, Reichsfeindlichkeit vorhanden. Das wollten wir zeigen, womit zugleich das Widerspruchsvolle in die Augen springt, wenn zu Eisenach in der ersten These gesagt ist: „Die protestantische Kirche darf die gemischten Ehen weder mißbilligen noch hemmen." Wir sagen, sie wird dieselben unter gewissen Verhältnissen mißbilligen und auch hemmen müssen, ansonst sie in die höchst eigenthümliche Zwangslage versetzt wäre, gegebenen Falles „Gleichgültigkeit gegen die eigene Kirche, voreilige Preisgebung der Gewissensfreiheit, sittliche Schwäche und Mangel an Ehrgefühl" zu billigen und gutzuheißen. Bringt der Protestantenverein dies fertig, so ist das freilich seine Sache, nur meinen wir, daß angesichts des oben dargestellten Sachverhalts der beim Wiesbadener Protestantentag erhobene fragliche Vorwurf der Reichsfeindlichkeit besser unterblieben wäre, weil er schließlich doch nichts weiteres bedeuten kann, als eine vom Zaune gerissene und gegen die katholische Kirche geschleuderte confessionelle Kränkung, die sich an den Herrn Generalpächtern der Toleranz unzweifelhaft sehr schlimm ausnimmt.

† **Vom Bodensee**, 20. Nov. In der Verhandlung des hiesigen Kreisgerichtes gegen den Meersburger Vicar begann der Staatsanwalt (Abg. Fieser) sein Plaidoyer mit einigen Auslassungen über das Staatsexamen, daß der Geistliche der wachsenden Cultur unserer Zeit nicht verschlossen bleiben dürfe u. s. w. Der Angeklagte benützte das ihm zustehende Recht des letzten Wortes zu einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Staatsanwalte: ob denn dem Staate nichts daran liege, daß auch die Beamten und die übrigen akademisch gebildeten Stände die genügende wissenschaftliche Vorbildung hätten? Darauf gab der Staatsanwalt die naive Antwort: Von diesen verlange es der Staat nicht; wenn er es aber fordern würde, dann würden sie das Examen auch machen.

X **Freiburg**, 20. Nov. Gestern Abend hielt Dr. Stephan Braun im Saale des Vereinshauses einen Vortrag über die Kreuzzüge. Trotz sehr ungünstiger Witterung war doch der große Saal dicht besetzt, was Dr. Braun in seiner Einleitung rühmend hervorhob und zu Gunsten der wissenschaftlichen Bestrebungen des hiesigen Publikums deuten zu dürfen glaubte. Sodann warnte er vor der Angst, in dieser Stunde in's stockfinstere Mittelalter zurückkehren zu müssen. „Das Mittelalter ist eine dunkle Nacht, in der mitunter einzelne Sterne erglänzen," habe Schiller gesagt. Schiller sei nun zwar ein sehr guter Dichter, aber ein höchst mittelmäßiger Historiker gewesen, und es sei gar nicht schmeichelhaft für ihn, daß er an der Hand der Geschichte für das Mittelalter im Dunkeln blieb. Denn so gar finster könne es in einer Zeit wahrhaftig nicht gewesen sein, in der so zahlreiche herrliche Dome entstanden, die wir nie genug anzustaunen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vermögen; in der Kunstgemälde verfertigt wurden, die heute mit hundert tausenden von Gulden bezahlt würden; in der Volksdichtungen entstanden, zu deren Erklärung man heutzutage an verschiedenen Universitäten eigene Lehrstühle errichtet. Ebenso bilden eine große Lichtseite des Mittelalters die Kreuzzüge. In meisterhafter Weise schilderte nun Dr. Braun die vier Hauptperioden der Kreuzzüge und wußte die Darstellung dieser ohnedies großartigen Unternehmungen durch passend eingefügte Einzelheiten noch eingreifender und interessanter zu machen. Den Einwurf der Gegner dieser Kreuzzüge, daß es ein wahnsinniges Unternehmen gewesen, so viele hunderte und tausende von Menschenleben strenggenommen für Nichts zu opfern, widerlegte er durch klare Darlegung der providentiellen Bedeutung der Kreuzzüge. Wir heben davon kurz hervor: 1) man dürfe nie eine Handlung nach dem Erfolge allein bemessen. Gott schaue auf die Absicht, diese war bei den Kreuzfahrern gut; auch die heiligen Martyrer hätten scheinbar keinen Erfolg gehabt. 2) Die Kreuzzüge hatten einen großen Erfolg für Kunst, Wissenschaft, Poesie, Aufschwung der Städte. 3) Noch wichtiger waren sie in politischer Hinsicht. Das Faustrecht wurde gebrochen; die bisher sich gegenseitig befehdenden Ritter hatten jetzt ein edles Feld ihren Muth zu kühlen, ihre Tapferkeit zu erproben. Die verschiedenen europäischen Völker lernten, indem sie gemeinsam für eine hohe Idee kämpften und stritten, sich gegenseitig achten und lieben. 4) Diese Menschenleben hätten ohne Kreuzzüge doch geopfert werden müssen. Denn vom 8. Jahrhundert an strebten die Saracenen darnach, ihre Herrschaft immer weiter und weiter auch über Europa auszudehnen. Darnach sei es doch gewiß gescheidter gewesen, den Krieg in das Land der Saracenen hinüberzuspielen, als den Kampf auf eigenem Boden etwa an der Seine oder Donau auszufechten. 5) Der Hauptgewinn aber bestand im Sieg des Glaubens an die Gottheit Jesu Christi gegenüber dem im 12. Jahrhundert schon auftretenden Rationalismus, ein Sieg, der bis auf die Stunde die besten und nachhaltigsten Wirkungen aufzuweisen hat.

◎ **Offenburg**, 20. Nov. Der berühmte Correspondent der „Karlsruher Zeitung" aus Offenburg, welcher auch beim Sturm auf unser kath. Mädchenschulhaus als Reporter anwesend war, schreibt bereits von der Unmöglichkeit der Errichtung einer kath. Privatschule an hiesigem Platze. Es ist selbstverständlich sehnlichster Wunsch und dringende Bitte aller wahrhaft katholischen Eltern, daß unsere ehrwürdigen Lehrfrauen, da ihre Wirksamkeit an der Mischschule unmöglich ist, eine kathol. Privatschule errichten möchten. Warum sollte nun dies unmöglich sein? In allen größeren Städten des Landes bestehen solche Privatschulen; in Karlsruhe z. B. existiren eine größere Anzahl solcher Anstalten und gewiß weit über die Hälfte aller schulpflichtigen Mädchen besuchen die städtischen Volksschulen dorten nicht. Was für andere Orte recht ist, müßte doch, so meinen wir wenigstens mit unserm beschränkten Unterthanenverstande, auch für Offenburg billig sein! Warum sollten unsere Lehrfrauen hier keine Privatschule errichten können, da sie ja bis zur jüngsten Zeit in der Residenz selbst eine solche unterhielten? Sie sind ja alle staatlich geprüfte Lehrerinnen! Wir wissen nicht, ob die Frauen schon irgend Schritte in dieser Beziehung gethan haben oder thun wollen; sollte dies jedoch geschehen und die Errichtung einer katholischen Privatschule denselben versagt werden, so wäre dies eine herrliche Illustration des liberalen Grundsatzes: Gleiches Recht für Alle! Es wäre eine neue Station auf dem badischen Culturmarsche gegen Rom.

† **Offenburg**, 21. Nov. „Finstere Gesichter", wie wir aus dem Ortenauer Boten vernehmen, veranlaßten den s. Z. freisinnigen Verein, eine Versammlung der Freunde und Unterthanen zur nochmaligen Belehrung über die Schul- und Klosterfrage zusammenzuberufen. Obwohl Hr. Bumiller schon vor der Schulabstimmung, nach Versicherung der liberalen Presse, alle Verhältnisse sonnenklar gemacht hatte, zeigte sich doch nach so kurzer Zeit schon wieder eine beunruhigende Unwissenheit. Hr. Bumiller erhielt also die Aufgabe, eine nochmalige Sonnenklarheit hervorzubringen. Wie derselbe seine Gläubigen erleuchtet hat, werden wir in einigen nachfolgenden Artikeln nachweisen.

C. **Heidelberg**, 23. Nov. Wieder hat heute im Kreislauf der Zeit die freudigste Stunde im Leben unserer Hochschule geschlagen und die Feier der Erinnerung an den ruhmreichen Wiedererneuerer Karl Friedrich academische Corporation und Stadt Heidelberg in den weiten Hallen der Aula academica vereinigt. Mit wissenschaftlicher Preismedaille wurde allein bedacht die Arbeit des Alfred Köpke von Hamburg, der die mathematische Frage löste. Die 6 andern Fragen blieben unbearbeitet.

Bestätigt hat sich, daß die Zahl der Studirenden in diesem Semester nur wenig über 500 betragen wird; vergleicht man damit die Ergebnisse früherer Semester, so findet sich das bedenkliche Resultat, daß die Frequenz der Hochschule in einem sicheren progressiven Rückgang sich befindet, der durch Aufflackern in zwei Sommersemestern nicht aufgehalten zu werden scheint. Wen sollte das auch wundern? Um hier nur Eines zu berühren: Treitschke, Zeller, Wattenbach, Windscheid, Holtzmann sind bereits für die Universität verloren und weitere schwere Lücken (Königsberger, Kirchhoff, Bunsen, Fischer, Kopp) wird die Zukunft unabwendbar schaffen. Thatsache ist, daß die herrlichsten Blüthen, in deren Schmuck die Alma mater glänzte, sie verlassen. Wir wollen hoffen, daß die durch Alter und Vergangenheit gleich ehrwürdige Ruperto-Carola wieder werde, was sie einstens war — anziehende Stätte gründlicher Wissenschaft, nicht die geringste unter den Schwestern — und reichere Früchte bringe für Wissenschaft und Bildung, geistiges und sittliches Leben, für Fürst und engeres wie weiteres Vaterland! —

X **Aus der badischen Pfalz**, 20. Novbr. Die Auslassungen und Schimpfereien der Landesbase über die barmherzigen Schwestern nach ihrem Weggange aus Ladenburg haben wir mit Bestimmtheit erwartet. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn das die Landeszeitung nicht gethan hätte, ist es doch ganz ihre Art, ihren Giftgeifer in solcher Weise über Ordenspersonen auszugießen, nur wäre es für die Base ehrenvoller gewesen, wenn sie ihre Schimpfartikel noch während des Hierseins der barmherzigen Schwestern gebracht hätte, als jetzt, wo sie im Oberland sich aufhalten. Die Tendenz dieser Schimpfereien liegt klar vor Augen: es soll dadurch die Vertreibung der Schwestern als recht, als am Platze dargestellt, die Handlungsweise der Ladenburger Liberalen beschönigt werden, zugleich soll der Artikel ein Dämpfer sein für die furchtbare Erregtheit der katholischen Herzen zu Ladenburg; endlich soll durch diesen Artikel die Wahl des neuen Vorstandes des Waisenhauses gerechtfertigt und sein späteres Wirken in der Anstalt als ein jenes der barmherzigen Schwestern weit übertreffendes vorbereitet werden. Sapienti sat!

Lokales.

†† **Bruchsal**, 21. Nov. Am nächsten Montag den 23. Nov. wird die Linie Bruchsal-Germersheim dem Verkehr übergeben, jedoch nur bis Rheinsheim. Täglich gehen 4 Züge hin und her. Der Gemeinderath dahier hat eine Einladung erlassen als Ausdruck allgemeiner Freude über diese neue Verkehrsstraße die Häuser zu beflaggen.

PC. Deutscher Reichstag.

PC. **Berlin.** Der Reichstag hatte heute eine Tagesordnung von elf Nummern sich zu erledigen vorgesetzt, von denen die ersteren interessanteren Gegenstände jedoch so viel Zeit wegnahmen, daß man trotz des schnelleren Tempos vier Punkte unerledigt lassen mußte. Zunächst begründete der Abg. **Winterer** die vor einigen Tagen bereits mitgetheilte Interpellation über die Behandlung der Optanten in Elsaß-Lothringen. Die Thatsachen, welche der Redner mittheilte, machten ersichtlichen Eindruck auf das Haus. Sie sind aber auch in der That exorbitant genug. Johann Hemmerlé, der richtig optirt hatte und ausgewandert war, kehrte zum Besuche seiner Eltern zurück, sollte verhaftet werden, flüchtete und wurde von dem verfolgendem Gensdarm mit dem letzten von drei auf ihn abgegebenen Schüssen getödtet. Anton Deybach, der ebenfalls richtig optirt und seinen Wohnsitz nach Frankreich verlegt hatte, wurde, als er mit einem französischen Reisepasse versehen seine Eltern besuchte, gebunden und nach Wesel transportirt, um zwangsweise eingestellt zu werden. Erst nach mehr als sieben Monaten wurde er auf Reclamation des französischen Botschafters entlassen. Außer diesem Verfahren gegen die ausgewanderten Optanten rügte die Interpellation noch die fortwährenden Beunruhigungen und Bedrohungen, welchen die im Lande verbliebenen Optanten ausgesetzt sind. Der Director der Abtheilung für Elsaß-Lothringen, Wirkl. Geh. Oberregierungsrath **Herzog** suchte die Berechtigung des Interpellanten zu bestreiten, indem er behauptete, es handle sich blos um Interessen französischer Staatsangehörigen; der Reichstag habe aber nicht die Ausländer zu vertreten. Abg. **Windthorst** griff in der Besprechung der Interpellation, welche auf seinen Antrag stattfand, diese haltlose Aeußerung des Commissars natürlich sofort an, indem er bemerkte, daß es den Reichstag sehr wohl anginge, wie innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches die Ausländer behandelt würden, da die Ehre und das Ansehen der deutschen Nation im Auslande auf dem Spiele ständen. Vielleicht werden die von dem Abg. Winterer angeführten Thatsachen das Haus noch einmal beschäftigen, da der Bundescommissar die Darstellung des Schicksals Hemmerlés als unrichtig bestritt und die Klage über Beunruhigung der zurückgebliebenen Optanten für nicht substantiirt erklärt; der Abg. Winterer wird wahrscheinlich zur Constatirung der Wahrheit nähere Erkundigungen einziehen. Hinsichtlich des dem Deybach zugefügten Unrechts wußte der Bundescommissar kein Wort der Entschuldigung, aber auch kein Wort des Bedauerns zu finden. — Der Antrag auf Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen die Abgg. Hasenclever und Reimer wurde ohne weitere Debatte angenommen, eine lange und interessante Discussion erregte dagegen der Antrag des Liebknecht und Genossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Beurlaubung der gefangenen Abgg. Bebel, Hasenclever und Most für die Dauer der gegenwärtigen Session zu bewirken. Abg. **Liebknecht** hielt zur Begründung seines Antrages einen regelrechten socialdemokratischen Vortrag mit Verherrlichung der Commune und der französischen Revolution, und mit einer ausführlichen scharfen Kritik der gerichtlichen Urtheile gegen seine Parteigenossen und ihn selbst. Abg. **Windthorst** machte die Socialdemokraten mit Recht darauf aufmerksam, daß die Lobreden auf die Pariser Commune, welche jeder vernünftige Mensch verurtheilen müsse, sowie das Hinweisen auf die Revolution ihnen nur schaden könne; er verwies die Herren mit dem Berechtigten, was in ihrem Programm sich findet, auf den Weg der Reform, da Revolution niemals erlaubt sei. Dabei erklärte er jedoch seine Mißbilligung des gegen die socialdemokratischen Führer beliebten Vorgehens und erinnerte auch seinerseits an das bereits vom Abg. Liebknecht erwähnte Wort des englischen Premiers über die Sicherheit des englischen Arbeiters gegenüber der Lage des preußischen Adels; (Fürst Bismarck ging auf diese Provocation zur Besprechung der Arnim-Affaire nicht ein.) Abg. Windthorst nahm daraus Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß jetzt die besseren Classen der Bevölkerung die Gefängnisse bevölkerten und allmälig zur Salonfähigkeit eine verbüßte Gefängnißstrafe gehören würde, was natürlich das Rechtsbewußtsein des Volkes schädige. Die Windthorstsche Rede veranlaßte den Fürsten **Bismarck**, in die Debatte einzugreifen; er constatirte, daß keine Inhaftirung gegen das Gesetz stattgefunden habe; allerdings gab er zu, daß die Auflehnung gegen das Gesetz zugenommen habe, aber er suchte diesen Umstand unter Widerspruch und Heiterkeit des Centrums auf das böse Beispiel der Bischöfe und auf Erziehung der letzten 25 Jahre unter geistlicher Schulaufsicht zurückzuführen. Abg. Dr. **Reichensperger** (Crefeld) trat diesen Auslassungen des Fürsten in beredter Weise entgegen; er zeigte, daß der Gesetzgeber, welcher Gesetze gegen das Gewissen gebe, der traurigen Zustand allein verschulde, und wies hinsichtlich der Schulen darauf hin, daß Deutschlands Schulen bis zur Gegenwart hin stets als die besten gerühmt seien; jetzt freilich werde eine Verwilderung der Schule erklärlich sein, da man der Schule die Basis der Religion entzogen habe und derselben Männer zur Beaufsichtigung gebe, die mit Millionen katholischer Eltern durchaus keine Sympathien hätten. Der Reichskanzler erlaubt sich in Erwiderung hierauf einige Bemerkungen, die wegen ihrer staunenerregenden Unbegründetheit und — Rücksichtslosigkeit besondere Beachtung verdienen. Er scheute sich nicht, den Grundsatz des Centrums, daß das Gesetz vor dem Gewissen zurückstehen müsse, als einen revolutionären zu bezeichnen und zu behaupten, daß das Centrum auf derselben principiellen Basis stände, wie die Socialdemokraten. Abg. **Reichensperger** wies in treffender Weise das Unsinnige dieser Auslassung nach, indem er im Gegensatze zu dem revolutionären Charakter der Socialdemokraten betonte, daß seine Partei, wenn sie auch den Gesetzen sich nicht fügen könne, doch einen Umsturz niemals wolle und nicht wollen könne, da sie sehr wohl wüßte, daß sie selbst bei einer Revolution das Meiste zu verlieren hätten. Man hätte den Fürsten Bismarck auch noch fragen können, wie es denn mit dem Gewissen und dessen Autorität bei den Socialdemokraten bestellt sei; bekanntlich ist diesen Nihilisten von einer göttlichen Autorität des Gewissens und der Kirche, die über den menschlichen Ordnungen steht, nichts bekannt, und sie theilen vielmehr mit dem Reichskanzler das Princip des Gehorsams gegen alle Gesetze, die sie selbst machen, Niemand respectirt ja weniger das Recht des Individuums und das Recht der göttlichen Weltordnung, als gerade die extreme Partei, wenn sie an's Ruder kommt. — Der Antrag, an den sich diese abschweifende Debatte anlehnte, wurde selbstverständlich abgelehnt. Die von polnischer Seite beantragte Aufhebung des Strafverfahrens, das der Commissar für die Erzdiöcese Posen gegen den Abg. **Zietkiewicz** eingeleitet, wurde nicht ohne Weiteres beschlossen, da sich Zweifel erhoben, ob dieses Vorgehen unter den Begriff „Strafverfahren" in Artikel 31 der Verfassung falle. Nachdem Abg. Prinz Edmund **Radziwill** die Sachlage beleuchtet, wurde der Antrag an die Geschäftsordnungscommission zur Prüfung dieser Frage verwiesen. — Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung erregte nur die Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs über die Steuerfreiheit des Reichseinkommens besonderes Interesse, da Fürst Bismarck mit einer launigen Rede, in welcher er die „urgermanische" Eigennützigkeit der kleineren Gebilde im Staate und der einzelnen Ressorts geißelte, in die Debatte eingriff. Die zweite Berathung des Entwurfs soll im Plenum stattfinden. — Am Dienstag beginnt die Berathung der Justizgesetze.

Redigirt unter Verantwortlichkeit
von Franz Hitz in Karlsruhe.

Höchst beachtenswerth

für alle diejenigen, welche geneigt sind, auf eine solide und Erfolg versprechende Weise dem Glücke die Hand zu bieten, ist die im heutigen Blatte erschienene Annonce des Hauses **Bottenwieser & Co.** in **Hamburg.**

Durch Erlaß des Reichskanzleramtes vom 23. März 1874 Nr. 2021 wurde dem **International-Lehrinstitut** zu **Bruchsal** die Berechtigung ertheilt, denjenigen seiner Zöglinge, welche die Abiturienten-Prüfung der VI. Classe wohl bestehen, das Zeugniß der wissenschaftlichen Qualification für den einjährigen Militärdienst ausstellen zu dürfen.

Aus allen Theilen der Welt

laufen Aufträge auf das berühmte, mit vielen Illustrationen versehene Buch: Dr. Airy's Naturheilmethode, die Verlagshandlung kann den kolossalen Bedarf

Freiburg. 2.1

Bauarbeitenvergebung.

Die zur Reparatur des Pfarrhauses zu Dogern, A.-B. Waldshut, erforderlichen im Anschlag von:

Maurerarbeiten . . .	510 fl. 54 kr.
Zimmermannsarbeiten .	87 fl. 29 kr.
Schreinerarbeiten . .	11 fl. 1 kr.
Anstreicherarbeiten . .	28 fl. 37 kr.
Brunnenmacherarbeiten.	154 fl. 10 kr.

sollen auf dem Soumissionswege veraccordirt werden.

Die schriftlichen, in Procenten der Ueberschlagsauszüge ausgedrückten Angebote sind längstens bis

Donnerstag den 3. Dezbr. d. J.

versiegelt und mit passender Aufschrift versehen bei kath. Stiftungscommission Dogern einzureichen, woselbst inzwischen die Kostenüberschläge und Accordbedingungen eingesehen werden können.

Freiburg den 19. November 1874.
Erzbischöfliches Bauamt.

Spielwerke

von 4 bis 200 Stücke spielend; mit Expression, Mandoline, Trommel, Glockenspiel, Castagnetten, Himmelsstimmen ꝛc.

Spieldosen

von 2 bis 16 Stücke spielend, Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographiealbums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Cigarren-Etuis, Tabaks- und Zündholzdosen, Arbeitstische, Flaschen, Biergläser, Portemonnaies, Stühle ꝛc., alles mit Musik. Stets das Neueste empfiehlt

J. H. Heller, Bern.

Preiscourante versende franco.
Nur wer direct bezieht, erhält Heller'sche Werke. Größtes Lager v. Holzschnitzereien.

Ziehung: 15. Dezember.

Ulmer Dombau-Loose

Geldgewinn 125,000 Mark
35 kr. per Stück.

Kölner Dombau-Loose

Geldgewinn 125,000 Thaler
1 Thaler per Stück
versendet nur noch kurze Zeit die
General-Agentur
Theodor Mühlschlegel
Augsburg.

Diese seit Jahren sehr beliebt gewordenen Loose finden dieses Jahr so raschen Absatz, daß solche lange vor der Ziehung vergriffen sein werden. 15.9.

3.1.

Empfehlung.

Beste **Kirchen-Lichter, Wachs-Kerzen** von **Celle** in **Hannover** sind in beliebiger Größe bei **Franz Degen in Neckargemünd** zu haben.

Christlicher Wandkalender

für 1875.

In prachtvollem Farbendruck.

Dieser Kalender bildet, abgesehen von der Nützlichkeit, eine schöne Zimmerzierde und eignet sich zu Weihnachts- u. Neujahrsgeschenken.

☞ **Preis 45 kr.** ☜

Kunstverlag für religiöse Werke und Bilder von **F. Gypen** in München.

6.6.

Tausende

werden oft an zweifelhafte Unternehmungen gewagt, während vielfach Gelegenheit geboten ist, mit geringer Einlage zu bedeutenden Capitalien zu gelangen.

Durch ihre vortheilhafte Einrichtung ganz besonders zu einem soliden Glücksversuche geeignet ist die staatlich genehmigte und garantirte große Geldverloosung.

375,000 Reichs-Mark oder **218,750** Silbergulden

eventuell als Hauptgewinn, speciell aber Gewinne von Reichs-Mark 250,000 — 125,000 — 90,000 — 60,000 — 50,000 — 40,000 — 36,000 — 3 à 30,000 — 24,000 — 2 à 20,000 — 18,000 — 6 à 15,000 — 23 à 12,000 — 34 à 6000 — 3 à 4800 — 40 à 4000 — 5 à 3,600 — 203 à 2400 — 5 à 1800 — 15,00 — 412 à 1200 u. s. w. bietet obige Verloosung in ihrer Gesammtheit und kann die Betheiligung um so mehr empfohlen werden, als weit über die Hälfte der Loose im Laufe der Ziehungen mit Gewinn gezogen werden müssen.

Die Ziehungs-Termine dieser großen Geldverloosung sind **amtlich festgestellt** und aus dem Original-Plan, **den wir jedem Theilnehmer gratis übersenden**, zu ersehen. Zu der schon am

16. und 17. Dezember d. J.

stattfindenden 1. Ziehung kosten:

Ganze	**Original-Loose**	**fl. 3. 30 kr.**
Halbe	„ „	**„ 1. 45 kr.**
Viertel	„ „	**„ — 53 kr.**

8.5.

wobei wir ausdrücklich bemerken, daß von uns nur die wirklichen mit dem amtlichen Wappen versehenen Loose versandt werden.

Das unterzeichnete Handlungshaus, durch dessen Vermittlung bekanntlich schon bedeutende Gewinne in Süddeutschland ausbezahlt wurden, wird geneigte Aufträge gegen Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages sofort ausführen, ebenso amtliche Ziehungslisten den Loos-Inhabern prompt übermitteln. Wir versenden die Gewinne nach jedem Orte oder können solche auf Wunsch der Theilnehmer durch unsere Verbindungen in allen Städten Deutschlands auszahlen lassen; man genießt somit durch den directen Bezug alle Vortheile.

Da die Ziehung in aller Kürze beginnt und die noch vorräthigen Loose bei den massenhaft eingehenden Aufträgen rasch vergriffen sein dürften, so beliebe man sich baldigst und direct zu wenden an

Bottenwieser & Cie.,
Bank- und Wechsel-Geschäft in **Hamburg.**

Engelhard's

Isländisch - Moos - Pasta

gegen Husten und Heiserkeit.

Die Pasta bewährt sich als ein vorzüglich linderndes Mittel bei katarrhalischen Affectionen und chronischen Brustleiden. — Die Zusammensetzung der Pasta ist der Art, daß auch bei häufigem Genusse derselben der Magen nicht gesäuert wird. — Das Präperat zeichnet sich vor ähnlichen, zu gleichem Zwecke gebräuchlichen Mitteln durch einen angenehmen, nicht allzusüßen Geschmack aus.

Preis per Schachtel 24 kr.
Rosen-Apotheke in Frankfurt a. M.
6.1. Zu haben in den (C. 63200).
Apotheken.

Stellensuchende aller Branchen werden placirt. **Bureau „Germania", Breslau,** Reuschestraße Nr. 52. 6.5.

Illustrirte
Frauen-Zeitung.

Ausgabe der „**Modenwelt**" mit Unterhaltungsblatt. Gesammt-Auflage allein in Deutschland 180,000. Erscheint wöchentlich.

Kleine Ausgabe.
Pro Quartal 25 Sgr.
Jährlich:

24 Nummern mit Moden und Handarbeiten, gegen 2000 Abbildungen enthaltend.
12 Beilagen mit etwa 200 Schnittmustern für alle Gegenstände der Toilette und etwa 400 Musterzeichnungen für Weißstickerei, Soutache ꝛc.
12 Große colorirte Modenkupfer.
24 Illustrirte Unterhaltungs-Nummern.

Große Ausgabe. Pro Quartal 1 Thl. 12½ Sgr.
Jährlich, außer Obigem:
noch 36 Große colorirte Modenkupfer, darunter 12 Blätter mit etwa 150 historischen und Volkstrachten.

Kapital-Antrag.

Bei dem katholischen Pfarrfond in Lörrach sind sofort **6100 fl.** auszuleihen. 3.2.

Die Stiftungs-Commission.

Karlsruhe.
Größere und kleiner

Geschäfs- und Privathäuser

in verschiedenen ganz guten Lagen daher.

Ein frequenter Gasthof, Ein Gasthaus

mit sehr guter Kundschaft.

Eine größere Brauerei

in einer der besten Geschäftslagen dahier.

Ferner ein **Caffe-Restaurant,**

sind unter billigen Bedingungen im Auftrage durch Unterzeichneten **zu verkaufen.**

Adolph Goldschmidt, Agent.
Zähringerstraße Nr. 79 in **Karlsruhe.** (Sprechstunden v. 11—1 u. v. 3—4 Uhr.)

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Montag 23. Nov. Viertes Quartal. 129. Abonnementsvorstellung. **Ultimo.** Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser. Anfang halb 7 Uhr.

Dienstag den 24. Nov. 4. Quartal. 130. Abonnementsvorstellung. **Der Troubadour.** Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch den 25 Nov. **Ultimo.** Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser. Anfang halb 7 Uhr.

Geburten.

19. Nov. Anna Luise, Vater Josef Meister, Wagenwärtergehilfe.
19. „ Anna Mina, Vater Johann Sautter, Schneider.
20. „ Theodor Ludwig, Vater Tapezier Karl Kraut.
20. „ Wilhelm, Vater Karl Zinkgraff, Schuhmacher.

Eheschließungen.

19. Nov. Karl Hollenweger von hier, Bäckermeister, mit Karoline Schöffler, verwittwete Vollenweider, von hier.
21. „ Georg Reinhard von Hugsweier, Maschinenschlosser, mit Magdalene Noll von Hugsweier.
21. „ Christian Gültling von Durlach, Schuhmacher, mit Sofie Denny von Freistett.
21. „ Daniel Waag von Freistett, Wagner, mit Marie Wittum von Bühl.
21. „ Nikolaus Erle von Ems, Schieferdecker, mit Viktoria Lang von Durbach.
21. „ Josef Oberdeck von Bruchsal, Dreher, mit Josefine Kneller von Ubstadt.
21. „ Christian Zoller von Unteröwisheim, Gasarbeiter, mit Marie Böder von hier.
21. „ Georg Erb von Illkirch, Schlosser, mit Wilhelmine Viola von Gernsbach
21. „ Christian Epp von Menzingen, Schreiner, mit Amalie Vollmer von Hagsfeld.
21. „ Adam Scholl von Reichartshausen, Schaffner, mit Valeria Kupferschmied von Liptingen.
21. „ Adam Rupp von Durlach, Heizer, mit Karoline Grob von Gundelfingen.

Todesfälle.

19. Nov. Friedrich, Vater Schaffner Kienle. 6 T.
20. „ Marie, Vater Obertelegraphist Kugler. 8 M. 9 T.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 21 Nov.

Staatspapiere.		pr. comptant.	
Preußen	4½% consol. Oblig.	105 7/8	G
	4½% do.	100 3/4	P
	4% do.	91 1/2	G
Baden	5% Obligationen	105	b
	4½% do.	102 1/4	G
	4% do.	97 7/8	G
	3½% do. v. 1842	92 5/8	G
Bayern	4½% Obl. (Zins 1jähr.)	101 1/2	G
	4½% „ 1856 u. ½jähr	102 1/2	G
	4% „ 1jähr.	97 5/8	G
Württemberg	5% Obligationen	105 1/4	G
	4½% „	—	b
	4% „	97 7/8	G
Nassau	4½% Obligationen	98 3/4	G
	3½% do.	94	G
Sachsen	5% do.	105 7/8	G
Gotha	5% do.	102 1/2	P
Gr. Hessen	5% do.	100 7/8	P
	4% do.	97 1/2	P
Oesterr.	5% Silberrente fl. 4⅕%	68 3/8	b
	5% Papierrente fl. 4⅕%	—	G
	do. do.	64 1/2	G
	Ung. E.-B.-Anl. 1868	74 3/8	G
	Oblig. v. 1871	97 3/4	G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	99 1/2	G
Belgien 4½% Obligationen	103	G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	99 1/4	G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	—	G
4½% „ „	—	G
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	97 3/4	G
6% „ 1885r v. 1865	101 1/8	b
5% „ 1904r 10/40 1864	98 5/8	G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17 1/4	G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	—	G
do. leere.	—	P
Actien und Prioritäten.		
Badische Bank, 200 Thaler	113 1/4	G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	149	b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	389 1/2	G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 b.	1049	G
5% do. Creditactien, fl. 160	245 1/2	b
Stuttgarter Bank	88	G
5% Elisabethbahn, fl. 200	204	G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	168	G
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	—	G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	103 5/8	G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	132 7/8	G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	320	b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	87	G
3% do. do.	50	b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	87 1/8	G
5% do. do. 2. Emiß.	84 1/2	b
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	85 7/8	G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 fl.	63 1/4	b
5% Hessische Ludwigsbahn	103 7/8	G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	104 3/4	G
6% Central Pacific, rückz. 1898	81 1/2	P
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	72 1/4	G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	52 3/4	b
Anlehens-Loose.		
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	117 7/8	G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thl.	117 1/2	b
Badische 35-fl.-Loose	72 1/4	G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	24	b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	—	P
„ 25-fl.-Loose	62 1/2	b
Kurhessische 40-Thaler-Loose	76 7/8	b
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	—	b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	104 1/4	G
„ 5% 500 do. do. 1860	107 1/4	b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	182 1/2	b
Schwedische 10-Thaler-Loose	—	G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	12	G
Meininger 7-fl.-Loose	—	b
Wechsel-Cours.		
Amsterdam k. S.	101	b
Augsburg „	100	P
Berlin „	104 1/8	G
Bremen „	105 1/8	P
Brüssel „	95 1/4	G
Hamburg „	105 1/8	P
Leipzig „	105	P
London „	119 1/2	G
Mailand „	86	P
Paris „	95 1/4	P
Wien „	107 1/8	b
Gold und Silber.		
Pistolen	fl. 9. 40—42	
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 49—51	
Ducaten	„ 5. 34—36	
20-Frankenstück	„ 9. 30½—31½	
Engl. Sovereigns	„ 11. 57—59	
Ruß. Imperiales	„ 9. 51—53	
Dollars in Gold	2. 26—27	

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.